

FDP Hamburg-Mitte fordert Parlamentarischen Untersuchungsausschuss

Der Bezirksvorstand der FDP-HH-Mitte hat mit großem Entsetzen die Ausschreitungen anlässlich des G-20-Treffens in Hamburg zur Kenntnis genommen und unterstützt das Vorgehen der Polizeikräfte gegen die Randalierer und Zerstörer voll und ganz. Wir würdigen den persönlichen Einsatz der Polizeibeamten und wünschen den Verletzten baldige und vollständige Genesung.

Der Hamburger Polizei ist es mit Unterstützung aus anderen Bundesländern und dem benachbarten Ausland im Rahmen der tatsächlichen Gegebenheiten gelungen, die bürgerkriegsähnlichen Ausschreitungen letztendlich zu beenden, den Gewalttätern und Gesetzesbrechern die rechtlichen Grenzen aufzuzeigen und vor allem dafür gesorgt zu haben, dass entsprechende rechtsstaatliche Konsequenzen für die Straftaten und -täter gezogen werden.

Es zeigt sich allerdings auch, dass es eben nicht die lange vorher publizierten abgestimmten Vorgehens- und Verhaltensweisen gab und die vollmundigen Erklärungen des Bürgermeisters und des Innensensors haben sich nicht bewahrheitet.

Insbesondere ist es sehr bedauerlich, dass sich keiner der Entscheidungsträger öffentlich zu seiner tatsächlichen politischen Verantwortung bekennt, sondern sich hinter anderen verstecken will.

Die FDP Hamburg-Mitte findet es besonders verwerflich, dass die Grünen/Bündnis 90 sich gänzlich aus der Verantwortung verabschiedet haben und sich so verhalten, als hätten sie mit den Ereignissen nichts zu tun. Das zeugt von keiner nachvollziehbaren politischen Verantwortungsübernahme.

Gänzlich verabschiedet von realistischem und korrektem politischen Sachverstand hat sich die Linke, die sich in völliger Unkenntnis der realen Sachlage einseitig auf die Seite der Randalierer und Demonstranten gestellt hat. Die Linke hat sich damit als ernst zu nehmender Faktor in der Hamburger Politik endgültig verabschiedet.

Wir fordern eine lückenlose und sachgerechte und objektive Aufarbeitung der Ereignisse, damit auch in der Zukunft gewährleistet werden kann, dass große politische und gesellschaftliche Ereignisse in Hamburg stattfinden können und wir fordern die FDP-Bürgerschaftsfraktion auf, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu fordern, der sich u.a. mit folgenden Fragen beschäftigt:

- Wer hat Gewalttäter z. B. durch Demonstrationaufrufe nach Hamburg eingeladen?
- Wer hat Gewalttäter in Hamburg beherbergt?
- Wer verharmlost Gewalttaten, wenn sie angekündigt werden oder begangen wurden?
- Wer verweigert bei der Verurteilung von Gewalttaten eine klare Antwort?

Beschlossen vom Bezirksvorstand FDP Hamburg-Mitte am 10.07.2017 in Hamburg.